

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 15 Halle (Saale), 10. September 1931 7. Jahrgang

Keine Herabstufung der Volksschullehrer

Aus der Geschäftsstelle des Reichsbeamtenausschusses der Deutschen Staatspartei geht uns das folgende Schreiben zu:

„Die Erregung der Volksschullehrerschaft über die durch Gerüchte verbreitete beabsichtigte Herabstufung dieser Lehrergruppe ist verständlich und wäre berechtigt, wenn reale Tatsachen über eine solche Absicht den Gerüchtern zur Hand wären.

Dr. Höpker-Aschoff wird unterstellt, Herabstufungsvorschläge gemacht zu haben. Dies trifft nach unseren Informationen nicht zu.

Es wird von keiner Seite der Beweis angetreten werden können, daß von dem Herrn Finanzminister im preußischen Kabinett ein Plan für eine Sonderzurückstufung der Volksschullehrer vorgelegt worden sei.

Es ist selbstverständlich, daß der Herr Finanzminister seiner Sorge Ausdruck gegeben hat, ob bei der gegenwärtigen Finanznot die Mittel auch für Kulturzwecke in der bisherigen Höhe weiter vorhanden sein werden.

Es ist nicht zweifelhaft, daß der Gedanke der Herabstufung der Volksschullehrer von staatsparteilicher Seite auf das entschiedenste zurückgewiesen worden ist und daß damit die Herabstufung als endgültig außer Frage gestellt wurde. Insbesondere hat es keiner Rücktrittsdrohung des Kulturministers bedurft, um die angeblichen Anschläge des Finanzministers auf die Besoldung der Volksschullehrerschaft abzuwehren.

Wir bitten unsere Freunde, von diesen Informationen den weitestgehenden Gebrauch zu machen, weil durch die im Umlauf befindlichen Gerüchte die Tatsachen vollständig verdreht werden und diese geeignet sind, für die Deutsche Staatspartei nachteilig zu wirken.

gez.: Markusch, Rektor, gez.: Schönemann, Geschäftsführer.

Tagung der staatsparteilichen Beamten

Auf Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes des Reichsbeamtenausschusses der Deutschen Staatspartei findet am Freitag, dem 25. September, in Berlin eine Sitzung des Gesamtvorstandes und des Beirates des Reichsbeamtenausschusses statt. In dieser Sitzung soll vor allem ein Beamtenprogramm für die Deutsche Staatspartei geschaffen und dem nächsten Beamtentag zur Annahme vorgelegt werden. Der Gesamtvorstand, dem Vertreter aus allen Wahlkreisen angehören, und der Beirat, der sich aus



Beamtenführern aller Kategorien zusammensetzt, werden daneben aber auch zu einer Reihe anderer wichtiger Beamtenfragen Stellung nehmen. Alle sich zur Deutschen Staatspartei bekennenden Beamten sind zur Teilnahme berechtigt.

Parteitag der Deutschen Staatspartei

Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei hat beschlossen, den Parteitag der Deutschen Staatspartei vor dem Zusammentritt des Reichstages, und zwar am 26. und 27. September in Berlin im Preußischen Landtag abzuhalten.

Bezirksvertreter-Tagung in Halle

Sonntag, den 13. September 1931, vormittags 11 Uhr, findet im Schultheiß-Ausschank, Merseburger Straße 10 (Ecke Merseburger- und Königstraße) eine Sitzung des Gesamtvorstandes (Bezirksvertretertag) unseres Wahlkreises Halle-Merseburg statt.

Tagesordnung:

1. Unser Abgeordneter, Herr **Staatsminister Dr. Schreiber** spricht über die politische Lage.
2. Der Stand der Finanzen im Wahlkreisverband.
3. Die Umgestaltung des „Politischen Wegweisers“ in Verbindung mit dem Reichsorgan „**Deutscher Aufstieg**“.
4. Wahlen der Vertreter zum außerordentlichen Parteitag am 26. und 27. September in Berlin (Preuß. Landtag).
5. Sonstiges, Wünsche und Anträge.

Als Gäste können an dieser Tagung alle Parteifreunde teilnehmen. Zahlreicher Besuch ist sehr erwünscht.

Halle. Studienrat a. D. Professor Dr. **Adolf Bangert** ist gestorben. Die Ortsgruppe Halle hat in dem Dahingeschiedenen den Verlust eines langjährigen treuen Parteifreundes zu beklagen, dem sie ein ehrendes Gedenken bewahren wird.

Bitterfeld. Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Bitterfeld der Deutschen Staatspartei fand in dem Rahmen eines sehr angeregten Debattierabends statt. Die politische und die Wirtschaftslage, die Notverordnungen und der Ausgang des Volksentscheids waren die hauptsächlichsten Themen. Die Ortsgruppe begrüßt das Scheitern der Hugenberg-Stahlhelmaktion als Ausdruck des Volkswillens zu ruhiger und stetiger Fortentwicklung, statt zu ungewissen, verhängnisvollen Experimenten, und sie sieht in dem Ergebnis des 9. August eine Anerkennung der unbeirrten, erfolgreichen Arbeit der preußischen Regierung, der in den kommenden Landtagswahlen eine möglichst breite Basis zur Verfügung stehen und damit sachliche Arbeit am Lande weiter gelingen mögen.

Es konnten wiederum neue Mitglieder aufgenommen werden.

Anmaßung rechtsstehender Beamtenkreise

Halle. Einige Tage nach dem Reinfall mit dem Volksentscheid brachte die „Nazi-Saale-Zeitung“ nachstehenden, angeblich von einem Beamten stammenden Stoßseufzer:

„Wäre es nicht möglich, dem Beamtenstand mehr Freiheit und Sicherheit in der Ausübung seiner politischen Rechte zu verschaffen? Wir hätten gewiß im Volksentscheid einen vollen Erfolg davon getragen, wenn die Beamten nicht so geknebelt wären. Meine sämtlichen Kollegen und Kolleginnen, die noch nicht fest angestellt sind, traten der Staatspartei bei, weil sie glaubten, dadurch mehr Aussicht auf Anstellung zu haben. Die Staatspartei verbot aber die Beteiligung am Volksentscheid und alle Mitglieder der Partei gehorchten aus Angst“.

Aus dieser Aeußerung spricht wiederum die bekannte Arroganz gewisser rechtsstehender Kreise. Der Schreiber verlangt mehr Freiheit bei Ausübung der politischen Rechte der Beamten. Warum? Weil die in der Staatspartei organisierten Beamten der Parteiparole folgten und der Abstimmung fern blieben. Er selbst hat aber die Rechtsparole befolgt und mit ja gestimmt. Unter politischer Freiheit versteht der Mann also, daß es nur Stahlhelm- oder Nazi-Beamte geben darf. Daß er weiter seinen Kollegen und Kolleginnen unterstellt, sie seien nur des persönlichen Vorteils wegen der Staatspartei beigetreten, ist frech und läßt darauf schließen, daß er selbst so denkt und handelt und deshalb auch anderen das gleiche zutraut. Dafür, daß der Volksentscheidsummelan dem staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtsein der Mehrheit, dem auch der Reichskanzler Dr. Brüning in seiner bekannten Rundfunkrede beredten Ausdruck gab, scheitern mußte, hat dieser engstirnig eingestellte Beamte kein Verständnis. Und wenn er in seiner Abteilung unter seinen Kollegen und Kolleginnen damit allein dasteht, so ist das sehr erfreulich. Es wäre nicht von parteiwegen, sondern im Interesse einer Gesundung unseres politischen Lebens nur zu wünschen, daß auch in anderen behördlichen Stellen ein Gleiches der Fall wäre.

„Nicht einmal die Hälfte einer Million“

Während die preußische Regierung radikale Sparmaßnahmen bei den Gehältern der Gemeindebeamten anordnet und während Reich und Länder die schwersten Sorgen darüber haben, wie sie die wachsende Zahl der Arbeitslosen durch den Winter bringen können, scheint man in den großen Wirtschaftsbetrieben noch immer kein Verständnis für die Nöte unserer Zeit aufzubringen. Ebenso wenig scheint man ein Gefühl dafür zu haben, daß es heute unerträglich ist, wenn Wirtschaftsführer noch weiter Riesengehälter beziehen, während Millionen deutscher arbeitswilliger Menschen kaum den Hunger stillen können. Leider ist dem so. Denn aus der Generalversammlung der Dresdener Bank wird die Aeußerung eines Mitgliedes der Verwaltung bekannt, der in Abwehr behaupteter Millionengehälter der Direktionsmitglieder dahin berichtigte, daß einschließlich der Tantiemen „das bestbezahlte Vorstandsmitglied nicht einmal die Hälfte einer Million beziehe“, und daß infolge der Senkung der

Tantiemen das Einkommen sich nunmehr automatisch vermindere. Solche Aeüßerungen zeigen, daß die Mahn- und Warnungszeichen der allgemeinen Wirtschaftsnot mit einem geradezu sträflichen Leichtsin in den hohen und höchsten Regionen unserer Wirtschaftsführung behandelt werden. Für energisches Eingreifen ist höchste Zeit.

Zersetzung der Wirtschaftspartei — Drewitz a. D.

Der Konflikt, der die Wirtschaftspartei erschütterte, ist nun durch einen Gewaltstreich, längst fällig, gelöst worden. Drewitz, der verhängnisvolle Diktator dieser Partei, ist abgesetzt. In einer Sitzung der Reichstagsfraktion hat man die Leitung der Parteigeschäfte Professor Bredt übertragen. Damit hat die Richtung, die seit langem gegen den radikalen Kurs von Drewitz ankämpft, der die Partei aus dem Regierungslager an die Seite Hitlers gebracht hat, sich durchgesetzt. Man muß abwarten, wie weit durch diesen Führerwechsel es gelingt, die Zersetzung in der Wirtschaftspartei zum Stillstand zu bringen. Der Hauptherd der Unruhe in dieser Partei war und ist Sachsen, wo ehrgeizige Kräfte am Werke sind, eine ganz neue Führung an die Spitze der Partei zu stellen. Es ist möglich, daß Bredt, der einmal die Partei in der Reichsregierung vertreten hat, es gelingt, seine Partei und Fraktion wieder auf eine Linie zu bringen, die für eine ernst zu nehmende Politik fruchtbar werden kann. Dazu wird es allerdings einer starken Hand bei der Umorganisation bedürfen und eines Weitblicks, der sich dessen bewußt ist, daß das deutsche Bürgertum es heute sich nicht mehr leisten kann, seine Kraft an eine Konventikel-Politik zu verschwenden. Drewitz hat den verdienten Abgang gefunden.

„Jungdeutsche Reserve“

Unzufrieden mit Mahrauns Ordensführung

Von einigen Angehörigen des Jungdeutschen Ordens werden zur Zeit Zuschriften versandt, aus denen hervorgeht, daß sie aus dem Orden ausgeschieden sind und unter dem Namen Jungdeutsche Reserve eine neue Organisation gebildet haben für andere, die auch auszuschneiden beabsichtigen. In dem Schreiben heißt es, daß schon mehr als 100 000 Enttäuschte ausgetreten seien, und es werden die Vorwürfe aufgezählt, die gegen die bisherige Führung von den ausscheidenden Ordensbrüdern erhoben werden.

An unsere Leser!

Mit vorliegender Nr. 15 hört das selbständige Erscheinen des „P.W.“ auf. Er erscheint künftig als Beilage zum Parteiorgan „Deutscher Aufstieg“. Wir bitten unsere Leser, dieses Parteiorgan anstelle des „P.W.“ durch die Post zu beziehen und neue Leser zu werben. Allen bisherigen Beziehern des „P.W.“ herzlichen Dank für ihre Treue.

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 15 Halle (Saale), 10. September 1931 7. Jahrgang

Keine Herabstufung der Volksschullehrer

Aus der Geschäftsstelle des Reichsbeamtenausschusses der Deutschen Staatspartei geht uns das folgende Schreiben zu:
„Die Erregung der Volksschullehrerschaft über die durch Gerüchte verbreitete beabsichtigte Herabstufung dieser Lehrerguppe ist verständlich und wäre berechtigt, wenn reale Tatsachen über eine solche Absicht den Gerüchterstattern zur Hand wären.

Herabstufungsvorschläge
Informationen nicht

angetreten werden
im preußischen Ka-
der Volksschullehrer

Herr Finanzminister
ei der gegenwärtigen
ke in der bisherigen

ke der Herabstufung
Seite auf das ent-
daß damit die Herab-
wurde. Insbesondere
ministers bedurft, um
ers auf die Besoldung

en Informationen den
durch die im Umlauf
ndig verdreht werden
Staatspartei nachteilig

mann, Geschäftsführer.

Beamten

Vorstandes des Reichs-
artei findet am Freitag,
des Gesamtvorstandes
ausschusses statt. In dieser
mm für die Deutsche
Beamtentag zur An-
stand, dem Vertreter
r Beirat, der sich aus

